

Hände des Volkes

Nach dem Putsch des Oberstleutnants Bouterse befürchtet der Westen eine Kubanisierung des Landes.

Die Padres vom St.-Bonifatius-Institut in Paramaribo wollten den schüchternen Knaben zum Schreiner ausbilden. Aber der Junge hatte wenig Lust, Kirchenbänke und Särge zu zimmern. Statt dessen schaute er gerne den holländischen Soldaten der Prinz-Bernhard-Kaserne beim Fußballspiel zu. Wurde einer der Kicker müde, durfte Desi als Ersatzmann spielen.

Heute bestimmt er allein das Spiel in der holländischen Exkolonie Surinam, dem früheren Niederländisch-Guayana. Der 39jährige Oberstleutnant Desi Bouterse verschaffte sich am 8. Dezember 1982 die alleinige Macht in dem südamerikanischen Staat.

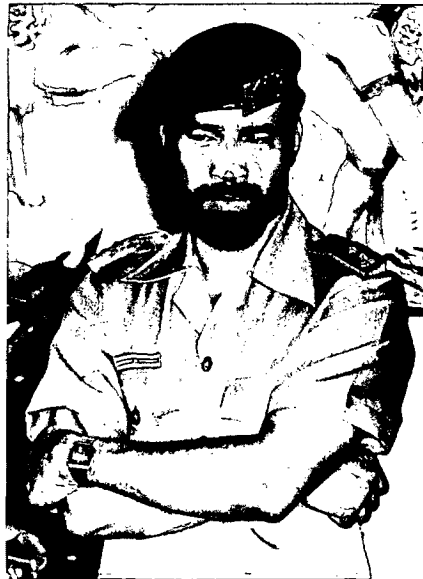
In jener „Blutnacht von Paramaribo“ ließ er „die reiche Elite und die Zentren der Konterrevolution“ (Bouterse) ausschalten, die Gebäude der größten Gewerkschaft namens Moederbond, einer Zeitung und zweier Radiostationen abbrennen und die restlichen Zeitungen und privaten Rundfunkanstalten des Landes schließen.

Die meisten seiner früheren Mitstreiter ließ er – soweit sie sich nicht ins Ausland absetzen konnten – umbringen oder vom direkten Truppenkommando entfernen. „Auf der Flucht erschossen“, wie Bouterse das nennt, wurden mindestens 30 Angehörige verschiedener Berufsstände und Rassen. Linksradikale

sowie Konservative oder Sozialdemokraten sind unter den Opfern.

Bouterse, der 1980 noch Linke in Haft nahm, gibt sich heute als Revolutionär: „Wir werden eine Gesellschaft ohne Unterdrücker und Unterdrückte aufbauen. Die Produktionsmittel werden in den Händen des Volkes liegen.“ Und klärt auf: „Die ersten fünf Jahre unserer Unabhängigkeit waren vom Neokolonialismus geprägt. Jetzt wollen wir unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpfen.“

Mit westlicher Demokratie hat Bouterse wenig im Sinn: „Es soll nie wieder eine parlamentarische Demokratie geben.“ Gleichzeitig baut er „Volksausschüsse“ und „Volksmilizen“ auf.



Militärdiktator Bouterse
„Nie wieder Demokratie“

Schon taucht in westlichen Medien das Gespenst eines neuen Kuba am Rande der Karibik auf – es könnte, wenn der Westen sich ebenso uneinsichtig zeigt wie in den Fällen Kuba und Nicaragua, durchaus eins werden.

Jedenfalls schuf der Putsch beste Voraussetzungen für weitere Unruhe in einem Land, dessen wechselvolle Geschichte ohnehin für ausreichenden Konfliktstoff sorgte.

Nach zunächst spanischer, später britischer Herrschaft teilten Briten, Holländer und Franzosen Guayana unter sich auf. Das Gebiet des heutigen Surinam ging 1667 im Tausch für Neu-Amsterdam (heute New York) in den Besitz der Niederlande über, die daraus einen Umschlagplatz für westafrikanische Sklaven machten. Nach der Abschaffung der Sklaverei (1863) wurden die Schwarzen auf den Zuckerrohrplantagen an den Karibikküsten durch „Kontraktkulis“ aus Indien und Java ersetzt.

So ist zu erklären, daß Surinam eine für seine geographische Lage am Rand der Karibik fast absurde ethnische Vielfalt aufweist: 32 Prozent Kreolen, 35 Prozent Inder, 15 Prozent Indonesier, 10 Prozent Buschneger (Nachkommen entlaufener Sklaven), 3 Prozent Indianer und rund ein Prozent Europäer. Entsprechend auch das Sprachgewirr: Nur wenig mehr als ein Drittel der 350 000 Einwohner Surinams spricht die Amtssprache Holländisch.

Am 25. November 1975 entließ Den Haag seine Kolonie mit einem Milliarden Geschenk in die Unabhängigkeit: Die Niederländer verpflichteten sich, dem jungen Staat, der sich nach einem einst im Lande ansässigen Indianerstamm, den Surinen, benannte, in den ersten 10 bis 15 Jahren mit Rat und 3,5 Milliarden Gulden Wirtschafts- und Militärhilfe beizustehen. Eine gleich hohe Summe hatte Surinam selbst aufzubringen; internationale Geldgeber, wie EG, Weltbank oder private Investoren sollten das dritte Drittel beitragen.

Regierungschef wurde der knapp 40jährige Henck Aaron, Vorsitzender der liberalen Nationalen Partei Surinams (NPS). Mit seiner Koalition, dem sogenannten Kreolenblock, hielt Aaron linke Parteien und vor allem die größte ethnische Gruppe, die Inder, von der Macht fern.

Am 25. Februar 1980 stürzten 16 Unteroffiziere der 800 Mann starken Armee des Landes, unter ihnen Bouterse, die Regierung – versehentlich: „Wir hatten“, so einer der Putschisten später, „nur eine Militärgewerkschaft verlangt und hatten plötzlich das ganze Land.“

Zunächst bildeten die Unteroffiziere einen Militärerrat, vergrößerten die Truppe auf 2000 Mann, beförderten sich zu Offizieren und den Sergeanten Bouterse zum Oberstleutnant und Armeechef.

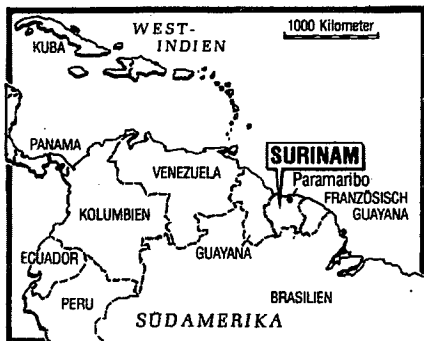
Nichts schien den einstigen Ordenszögling zum Diktator zu prädestinieren. Nachdem er den Padres den Rücken



Bestrafung von Plünderern in Surinam: „Gesellschaft ohne Unterdrücker“

gekehrt hatte, handelte der Sohn eines Kreolen und einer Mestizin zunächst mit Pornoheften und Stereogeräten. Danach wurde er Soldat in der niederländischen Armee. Denn seine Heimat war damals als Kolonie noch „Reichsteil“.

Im holländischen Weert und bei einer in Seedorf bei Bremen stationierten niederländischen Nato-Einheit tat er Dienst, lernte Deutsch und verschob nebenher Autos nach Holland. „Aus Idealismus und Vaterlandsliebe“ kehrte der inzwischen verheiratete und zum Unteroffizier aufgestiegene Desi Bouterse nach Surinam zurück.



Seit der Putschnacht stößt der Oberstleutnant nur noch auf wenig Gegenliebe in seinem Land, noch weniger außerhalb. Die sozialistisch-revolutionären Töne des neuen Mannes haben die EG und die USA veranlaßt, sämtliche Zahlungen zu stoppen. Die niederländische Regierung erklärte den Zusammenarbeitsvertrag mit Surinam von 1975 bis auf weiteres für unwirksam.

„Rund eine Million Gulden pro Tag“, so ein Sprecher des Haager Entwicklungsministeriums, „gehen dem Land dadurch verloren“, ungefähr 25 Prozent des Staatshaushalts von Surinam. Und Bouterse monatliche Zuwendung aus dem Haager Verteidigungsministerium in Höhe von 3000 Gulden wurde ebenfalls gestrichen.

Geld fehlt dem Land vor allem, weil der Bedarf am Hauptexportgut Bauxit auf dem Weltmarkt sinkt. Da könnten die Sowjet-Union und Kuba als Abnehmer auftreten, um auf dem südamerikanischen Kontinent Fuß zu fassen.

Von Havanna, Moskau und sogar der DDR wird der Oberstleutnant bereits bejubelt. Kuba scheint sein Kontingent an Entwicklungs- und Militärberatern aufgestockt zu haben, Moskau entsandte schon im Sommer einen Botschafter nach Paramaribo. Ob auch östliche Wirtschaftshilfe kommt, ist aber fraglich. Das Beispiel Nicaragua zeigt, daß Moskau gern und großzügig mit Solidaritätsbekundungen hilft, nicht dagegen mit Devisen, die es selbst dringend braucht.

So will sich Bouterse seine bisherige Quelle erhalten: Er drohte, die gestoppten Zahlungen der Holländer beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuklagen.

ÖSTERREICH

Lauter Exoten

Seltsame Namen, seltsame Menschen: Ein Ex-Hypnotiseur, ein Ex-Pornofilmer und eine „Nervensäge im Namen Gottes“ führen Österreichs grüne Partelen an – 36 Stück.

Für den bayrischen Grünen-Funktionär Bernhard Lurz sind die österreichischen Artverwandten „ein seltsam anmutendes Sammelsurium von Zeitgenossen“. Als geladener Teilnehmer eines Grün-Treffens in Salzburg kam er „aus dem Gruseln kaum heraus“.

Noch schroffer urteilten die heimischen Beobachter der alternativen Szene Österreichs. Die rechte Wiener Tageszeitung „Die Presse“ ortete „vorerst lauter Exoten“, das linke Blatt „Heute“ ein „Kuriösitätenkabinett“.

„Die Deutschen haben drei Jahre organisiert und dann Wahlen gewonnen“, so der Regisseur und Bürgerinitiativler Dieman, „die Österreicher wollen zunächst die Wahlen gewinnen und dann organisieren.“

Da ist etwas dran. Seit die Hamburger Grün-Alternative Liste bei den Bürgerschaftswahlen im Juni 1982 sensationelle neun Mandate errang und die etablierten Parteien kurzfristig ins Schleudern brachte, hecheln die alpenländischen Grün-Gruppen und -Grüppchen nach einem ebenso raschen Erfolg. Gerade erst gegründet, wollen sie bereits bei den österreichischen Parlamentswahlen am 24. April mitmachen. In den letzten Monaten wurden beim Wiener Innenministerium derart viele Parteien angemeldet, daß sich nicht einmal mehr der zuständige Beamte zurechtfindet.

Insgesamt zählt Österreich mit seinen 7,5 Millionen Einwohnern derzeit an die 80 Parteien, drei Dutzend davon gelten als Alternative oder Grüne oder grün Getarnte.

Die Neuen haben sich alle halbwegs einschlägige Politnamen reservieren lassen, manche sogar doppelt. So besitzt Österreich nun nebst diversen grünen „Plattformen“, „Unionen“ und „Fronten“ sowohl eine „Grüne Bewegung“ wie auch „Die Grüne Bewegung“, eine „Partei der Parteilosen“ und eine „Parteilose Partei“ und gleich zweimal eine „Partei

der Nichtwähler“. Mit unverwechselbarem Titel tritt höchstens die „Westösterreichische Ortsbild- und Landschaftsgestaltungs-Partei“ auf.

Ein Wählerpotential scheint durchaus vorhanden zu sein. Es gibt zwar in Österreich kein Brokdorf, kein Gorleben und keine Nato-Nachrüstung, doch diffuse Ängste vor Kriegen und Saurem Regen sind durchaus fühlbar, der Überdruß an den gewohnten Parteien wächst angesichts zahlreicher Korruptionsskandale von Monat zu Monat.

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifes erbrachte etwa sechs Prozent „harte Grüne“, hinter denen elf Prozent „Grüne im weiteren Sinn“ stehen könnten.

Realisten rechnen bei der Wahl mit maximal vier Prozent landesweit verstreuten Grünwählern – viel zu wenig: In Österreich kommt nur ins Parlament, wer sich in einem Wahlkreis die nötigen 25 000 bis 28 000 Stimmen für ein Grundmandat sichert.

Das könnten die Grünen und Alternativen allenfalls in einem festen Wahlbündnis schaffen. Statt dessen präsentieren sie sich unentwirrbar zersplittert und zerstritten.

Was da auf der Grünen Welle schwimmen möchte, ist in Wahrheit ein kunterbuntes Sammelsurium von schwarz bis knallrot mit – im Unterschied zur deutschen Szene – einer beängstigenden Fülle brauner Einsprengsel.

Die Gemeinsamkeit beschränkt sich auf die Skurrilität der jeweiligen Spitzenfunktionäre, die sich meistens selbst ernannt haben und in einigen Fällen zugleich ihre einzigen Gefolgsleute sind.



Grüner Fux, Freundin: Erfolg in Salzburg